

Aufs Spiel gesetzt

Zusätzliche Aufgaben und längere Arbeitszeiten – die Grenze der Belastung ist schon lange erreicht

Arbeitszeit-Belastung-Gesundheit sind die drei Themen, die aus unserer Sicht zusammengedacht werden müssen. Wir wissen, dass nach der Inkraftsetzung der Lehrerarbeitszeitverordnung („AZM“) 2003 für alle Kolleginnen und Kollegen eine Erhöhung der Arbeitszeit um mindestens zwei Stunden wöchentlich eingetreten ist. Bis 2008 hat es 50 zusätzliche Aufgaben gegeben, ohne dass dafür entsprechende Aufgaben gestrichen wurden. Weitere Aufgaben seit 2008 verbergen sich hinter der Einführung des schulischen Ganztags, der schulischen Inklusion usw. Die Jagd nach F-Zeiten hat unter den Kolleginnen und Kollegen zu Konkurrenz geführt. Unfrieden in den Kollegien sowie zwischen Schulleitungen und Lehrkräften

ist nicht selten die Folge an Hamburger Schulen.

All' dies führt zu großen Belastungen der Kolleg_innen und das seit fast dreizehn Jahren.



Die Kolleg_innen sind gezwungen, ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen. Viele finanzieren das Hamburger Schulsystem, indem sie ihre Arbeitszeit auf eigene Kosten verkürzen. Sie gehen

auf Teilzeit, damit sie ihre Arbeit schaffen können. Als Gewerkschaft sagen wir: Es muss in Hamburg möglich sein, eine Vollzeitstelle als Lehrkraft auch ohne Gesundheitsgefährdung auszufüllen!

Diese Sachlage veranlasst den zuständigen Senator Ties Rabe weder zum Nachdenken und noch weniger zu Veränderungen. Unseren ihm im letzten Jahr als Einstieg in die Arbeitszeiterlastung, vorgeschlagenen ersten Schritt nämlich tatsächlich dafür zu sorgen, dass die Kolleg_innen nicht mehr als 75 Prozent ihrer Arbeitszeit für Unterricht (U-Zeiten) – so wie es einmal vorgesehen war – aufwenden, hat er abgelehnt. Unsere Forderung sah vor, die F-Zeiten für die Schulleitungen extra zuzuweisen. Dies ist aus unserer Sicht nötig, damit es für die Schulen überhaupt möglich ist, auf nicht mehr als 75 Prozent Unterrichtszeiten für alle Kolleg_innen zu kommen.

Die GEW Hamburg hat weiterhin die Zusammenarbeit mit den anderen Landesverbänden der GEW – insbesondere mit

Sprechstunde zur Arbeitszeit

Die GEW (Hans Voß, GBW-Referent) bietet zum Thema KSP (Kapazitäts- und Struktur Planung) / Lehrerarbeitszeit (Wochenstunden-Bilanz) auch eine Sprechstunde an.

In der KSP-Sprechstunde soll den GEW-Mitgliedern in den Personalräten die Möglichkeit geboten werden, die aus der jeweiligen Schule vorliegenden KSP-Unterlagen (Bilanz der Wochenarbeitszeit) zu analysieren, zu erläutern und Fragen zu klären bzw. zu formulieren.

Da die Analyse einzelner KSPs u. U. zeitin-

tensiv sein kann und um längere Wartezeiten zu vermeiden, bitten wir um eine Email-Anmeldung zu einem Gesprächstermin.

Anmeldung unter ksp@gew-hamburg.de
Bringt bitte die euch vorliegenden KSP-Unterlagen mit.

Die nächsten Termine sind: 03.05., 07.06., 05.07. – jeweils 14.00 – 17.00 Uhr

Weitere Infos unter zum download: <http://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine>

Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen – gesucht. Wir warten jetzt auf das Ergebnis der Arbeitszeitstudie der GEW Niedersachsen. Dort haben Lehrer_innen selbst ihre Arbeitszeiten aufgeschrieben, da dies – nach dem Urteil des OVG Lüneburg zur Verfassungswidrigkeit der Pflichtstundenerhöhung der Gymnasiallehrer_innen in Niedersachsen – juristisch durchaus Bestand hat. Wir werden sehen, inwieweit wir dieses Ergebnis auch in Hamburg zur Argumentation für eine Arbeitszeitentlas-

tung nutzen können.

Um den Zusammenhang zwischen Arbeitszeit, Belastung und Gesundheit für die Schulen deutlich zu machen und zunächst im kleinen Rahmen Bewusstsein und Verbesserungen herzustellen, haben wir die Gesundheitsexpert_innen der GEW Hamburg zusammen gebracht und eine Reihe von Vorschlägen entwickelt, die wir demnächst an die Schulen bringen wollen. Unter dem Titel „Gesundheit fördern – Arbeitsbelastung senken – altersgerechtes Arbeiten“ haben wir Möglichkeiten, Aktivitäten

und Maßnahmen gesammelt, die in den Schulen (einzelne Kolleg_innen, Betriebsgruppen, Personalräte, Kollegien usw.) ergriffen werden können. Die Ergebnisse werden wir zusammenfassen und daraus weitere Forderungen als GEW entwickeln. Uns geht es darum, die Diskussion an den Schulen über diesen Zusammenhang zu forcieren, um dann entsprechende Forderungen an den Senator heranzutragen.

ANJA BENSINGER-STOLZE,
FREDRIK DEHNERDT,
SVEN QUIRING

KLASSENREISEN

Erfolg bei der Kostenerstattung

Ein langjähriger Kampf der GEW für die Kolleginnen und Kollegen kommt zu einem erfolgreichen Ende. Schulen in einkommensschwachen Stadtteilen sind jedoch in Zukunft schlechter gestellt

Seit Jahren kämpft die GEW dafür, dass das Hamburger Reisekostengesetz (HmbRKG) auch auf Lehrerinnen und Lehrer der FHH angewandt wird. Genau wie alle anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben auch diese Beschäftigten ein Anrecht darauf, dass die Kosten, die im Rahmen einer genehmigten Dienstreise entstehen, vom Dienstherrn beglichen werden. Auch auf Grund des Druckes durch die GEW hat sich die BSB entschlossen, zum 01.03.2016 Änderungen vorzunehmen.

„Den begleitenden Lehrkräften werden die genehmigten Fahrtkosten endlich in vollem Umfang erstattet, gleiches gilt für die Übernachtungskosten. Notwendige Eintrittsgelder etc. werden gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise ebenfalls erstattet. Das ist ein Erfolg unseres Einsatzes für die Kolleginnen und Kollegen“, kommentiert Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg.

Diese Bestimmungen gelten auch für „freiwillige“ Fahrten (etwa im Rahmen von Schulpartnerschaften oder Austauschen). Die Schule übernimmt die Lehrerreisekosten in dem Umfang des von der Schulleitung genehmigten Kostenplans. Die Gelder werden der Schule aber nicht gesondert zugewiesen. Die Schule muss diese durch

Umschichtung innerhalb des SBF (Selbstbewirtschaftungsfonds) tragen. Die Schule legt bei den „freiwilligen“ Fahrten die Höhe der Reisekosten selbst fest. Auch hier ist aber klar, dass den begleitenden Lehrkräften alle genehmigten und notwendigen Kosten erstattet werden.

Damit jedoch verschärft sich die Situation an Schulen in benachteiligten Stadtteilen. Die Schulleitungen sehen sich gezwungen, ein möglichst breites Angebot an sog. „freiwilligen“ Schulfahrten zu machen. Die Lehrerreisekosten für Austausche, Projektfahrten oder ähnliches müssen aus dem SBF der Schulen querfinanziert werden, ohne dass es eine besondere Zuweisung durch die BSB gibt. Die Schulvereinstöpfe an Schulen in benachteiligten Stadtteilen sind jedoch schwach bestückt. Die Lehrerreisekosten wurden bislang dadurch beglichen, dass die Kolleginnen und Kollegen die Freiplätze für sich nutzten. Dies ist allerdings nicht gestattet, was durch die sehr eindeutige Neuregelung für die Annahme von Belohnungen und Geschenken seit diesem Schuljahr noch einmal ausdrücklich klargestellt wurde. Schulen in einkommensschwachen Stadtteilen werden somit benachteiligt sein.

aus: PRESSEERKLÄRUNG der GEW
vom 29.2.2016